

Positionen zur Landtagswahl 2023

***Ohne Familie ist kein Staat zu machen,
nur mit Familie hat die Gesellschaft ihre Zukunft in der Hand.***



Familienfreundliche Politik – heißt echte Wahlfreiheit



***Familien brauchen Anerkennung in der Gesellschaft sowie
strukturell optimale Infrastruktur.***



Familien brauchen soziale Sicherung und finanzielle Unterstützung.



Enorme Belastungen der Familien in der Pandemie

In der schweren Zeit der Corona-Pandemie wurden die erbrachten Leistungen der Familien besonders deutlich sichtbar und hervorgehoben. Familien stützen die Gesellschaft dank ihrer Befähigung, wichtige Werte und Normen wie Zusammenhalt und Solidarität hervorzubringen und weiterzugeben. Ohne die spontan erbrachte ungeheuerliche Leistung der Eltern wäre die Pandemiepolitik von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Insgesamt sind die bereits vor der Pandemie bestehenden familienpolitischen Defizite wie der monetäre Familienlastenausgleich im Sinne einer finanziellen Familienförderung deutlicher in Erscheinung getreten. Zugleich sind eklatante neue Probleme aufgetreten wie die Unvereinbarkeit von Homeschooling und Homeoffice in zu kleinem und oft zu teurem Wohnraum.



Familie in die Mitte

Familien in ihrer vielfältigen Ausgestaltung erleben immer noch Nachteile und erleben sich als benachteiligte Gruppe, obwohl Eltern große Leistungsträger sind. Ihr generativer Beitrag findet nur wenig Anerkennung. Mit wenig Mehraufwand kann Menschenwürde und Toleranz, Mitverantwortung und eine friedliche Auseinandersetzung, die zentralen gesellschaftlichen Werte, schon den Kindern und Jugendlichen vermittelt werden. Unsere langjährige Forderung nach einer Familienverträglichkeitsprüfung vor jeder politischen Entscheidung findet nach wie vor zu wenig Beachtung.



Bildungs- und Chancengerechtigkeit

Frühkindliche Bildung beginnt in der Familie. Im weiteren Verlauf spielt Schulpartnerschaft in Bildung und Erziehung für den kontinuierlichen Bildungs- und Erziehungserfolg eine entscheidende Rolle. Gleiche Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit, d.h. Schaffung und Unterstützung von schulischen und außerschulischen Bildungsorten für alle Kinder, Jugendliche und (junge) Erwachsene sowie Eltern, sind ein elementarer Anspruch jeder Gesellschaft. Nur der gerechte Zugang zu Bildung führt zu gesellschaftlicher Teilhabe. Es ist belegt, dass präventive Maßnahmen wichtiger und zielfördernder sind als nachgelagerte Hilfs- und Interventionsmaßnahmen.



Transparenz der Leistungsansprüche

Die vorhandenen Leistungen für Familie durch Kommunen, Land und Bund müssen in einfacher und verständlicher Weise kommuniziert werden. Familien müssen wissen, worauf sie Anspruch haben. Grundsätzlich ist zu bezweifeln, dass die pauschale Kindergrundsicherung eine zielgenaue Unterstützung ist.



Bayerisches Familiengeld – noch keine echte Erziehungs-Wahlfreiheit

Das bayerische Familiengeld nimmt eine Vorreiterrolle ein und stellt einen positiven Baustein für die Autonomie der Familien dar. Dies ist ein erster Schritt zu einer fairen Entlohnung von familiärer Erziehungs- und Sorgearbeit mit dem Ziel eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts. Familienpolitik respektiert individuelle Lebensmodelle und bevormundet die Eltern nicht: Eltern können selbst entscheiden, wie sie ihr Recht und ihre Pflicht, die Kinder zu erziehen, wahrnehmen bzw. erfüllen. Solange Erziehungsarbeit nicht adäquat entlohnt wird, ist das bayerische Familiengeld ein erster Schritt zur Wahlfreiheit. Echte Wahlfreiheit muss das politische Ziel sein.



Bezahlbarer Wohnraum und Infrastruktur

Wir treten ein für mehr verfügbaren bezahlbaren Wohnraum für Familien und dass die Brisanz politisch erkannt wird. Familienwohnraum ist zu knapp. Dadurch beschleunigt sich der Trend zu kleineren Familiengrößen oder gegen eine Familiengründung. Wohnortnahe ist die Zugänglichkeit von Dienstleistungen und Einrichtungen erforderlich.



Mehr Solidarität für Familien – die Subsidiarität von Familien stärken

Der Familienbund der Katholiken in Bayern setzt sich zur Landtagswahl 2023 dafür ein, dass die Solidarität für Familien von der Gesellschaft und der Politik nach dem Subsidiaritätsprinzip gestärkt wird.

Für den FDK Bayern dreht sich Familienpolitik zusammenfassend um den Bereich der Werte und Einbeziehung der Gesellschaft sowie um die Funktionsfelder der qualitativen und quantitativen Relevanz für Familien und der Verwirklichung dieser Ansprüche.



Schlussfolgerungen

Grundsätzlich ist es notwendig, Strukturen zu schaffen, um Familienarmut entgegen zu wirken und Familien, wo notwendig, zu unterstützen.

Familien wollen an familienrelevanten Entscheidungen beteiligt werden. **Unser Anspruch: Familie ist der Mittelpunkt der Gesellschaft**

Gerlinde Martin, FDK-Landesvorsitzende Bayern: „Familien sichern die Zukunft unseres Landes. Ohne Familie ist kein Staat zu machen, kann keine Gesellschaft bestehen. Die Politik muss sich deshalb noch stärker an den Belangen und Bedarfen der Familien ausrichten und auf Familienverträglichkeit geprüft werden.“

München, im März 2023